



Kapitalismus und Faschismus*

Hendrik Wallat

Zitation: Wallat, Hendrik (2022): *Kapitalismus und Faschismus*, in: *Kritiknetz – Zeitschrift für Kritische Theorie der Gesellschaft*

© 2022 bei www.kritiknetz.de, Hrsg. Heinz Gess, ISSN 1866-4105

„Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen“ (Horkheimer 1988, 308f.), so lautet einer der bekanntesten Sätze Max Horkheimers. Seit jeher steht die Frage nach dem Verhältnis von Kapitalismus und Faschismus als Teilfrage der Relationsbestimmung von Ökonomie und Politik in der modernen kapitalistischen Gesellschaft im Zentrum materialistischer Faschismustheorien. Die Faschismuskonversation am *Institut für Sozialforschung* (vgl. Gangl 1987, 168ff., Braunstein 2011, 129ff., Hirsch 2014) kreiste um die im Folgenden aufzunehmende Frage, ob der Nationalsozialismus noch als kapitalistisches Herrschaftssystem verstanden und hinreichend im Rahmen der Marx’schen Theorie begriffen werden kann. Friedrich Pollock und Max Horkheimer gingen von einem sogenannten ‚Primat der Politik‘ und einer qualitativ neuen, ‚staatskapitalistischen‘ Phase von Herrschaft aus, während Franz L. Neumann die kapitalistische Kontinuität im Nationalsozialismus betonte.¹ Pollocks und Horkheimers Studien sind, verglichen mit Neumanns materialreicher Analyse, empirisch wie auch theoretisch fragwürdig. Einen von Pollock unterstellten Staatskapitalismus, der sich reibungslos reproduzierte, gab es im Nationalsozialismus zu keinem Zeitpunkt. Stattdessen „Kompetenzwirrwarr“ durch „Privatisierung des Staates“, dessen politische Ökonomie durch „Ineffektivität, Planlosigkeit, Leistungsrückgang und Zerfall“ (Peukert 1982, 50, unter Bezug auf Neumanns *Behemoth*) ausgezeichnet war. Und die Unterstellung, dass die politische Macht den ökonomischen Profit substituieren – bei Horkheimer geschichtsphilosophisch-

* Leicht überarbeitete Aufsatzfassung von Wallat, Hendrik: *Capitalismo y fascismo. Constelaciones. Revista De Teoría Crítica*, 13/2021, S. 186-202. Für die Übersetzung ins Spanische danke ich José A. Zamora. Bei den folgenden Ausführungen handelt es sich um eine überarbeitete Fassung des gleichnamigen Kapitels aus meinem Buch: *Fundamente der Subversion. Über die Grundlagen materialistischer Herrschaftskritik*, Münster 2015, S. 244-254. Inhaltlich gibt es keine Unterschiede in den Ausführungen. Den work-in-progress Charakter der Darstellung im Buch, der mir retrospektiv doch sehr aufgestoßen ist, habe ich allerdings zu beheben versucht. Zudem habe ich die Ausführungen ergänzt um eine den Text abschließende Anmerkung zum wissenschaftstheoretischen Status von Geschichtsforschung aus kritisch-materialistischer Perspektive.

¹ Die Forschungen seines Freundes Friedrich Pollock aufnehmend, beschreibt Horkheimer die Gegenwartverfassung der entwickelten Gesellschaften Anfang der 1940er als „Staatskapitalismus“, der den „Markt“ zugunsten bürokratischer Planung „beseitigt“ (Horkheimer 2003, 294) habe. Dennoch ist seine eigene Faschismustheorie nicht mit der Pollocks identisch, wie Asbach in seiner hervorragenden Studie zu Horkheimers Grundlegung der Kritischen Theorie zu zeigen vermag. Zwar verwendete auch Horkheimer den, von Franz Neumann scharf kritisierten Begriff des Staatskapitalismus, baute ihn aber in seine Thesen zur Herrschaft der Rackets ein (vgl. Asbach 1997, 246ff.), die mit Neumanns Analyse des Nationalsozialismus als einem chaotischen *Behemoth* vieles gemein haben (vgl. 228ff.). Horkheimer teilt allerdings mit Pollock die Annahme, dass sich qualitativ neue Formen von Herrschaft etablieren, deren Entstehung sich zwar mit der *Kritik der politischen Ökonomie* erklären, deren Wesen aber nicht mehr umstandslos in ihren Kategorien sich erfassen lässt.

spekulativ aufgeladen: „Das Profitstreben endet heute in dem, was es stets schon war: im Streben nach gesellschaftlicher Macht“ (Horkheimer 1988, 314) – ist ebenfalls nicht haltbar (vgl. Postone 2003, 150ff.). Dennoch treffen Pollocks und Horkheimers Analysen, die im Grunde Lenins Imperialismustheorie auf ihre Art und Weise fortschreiben, ein „wirkliches Problem“ (Schäfer 1984, 710; vgl. 711f.). Dieses lässt sich an Neumanns eigener Bestimmung der NS-Ökonomie ablesen, die nur sehr vermittelt als kapitalistisch durchgehen dürfte, wenn denn die Maßstäbe der *Kritik der politischen Ökonomie* angelegt werden: „Sie ist eine Monopolwirtschaft – und eine Befehlswirtschaft. Sie ist eine privatkapitalistische Ökonomie, die durch einen totalitären Staat reglementiert wird.“ (Neumann 1984, 313)

I

Hinter dem Faschismus stehe das Kapital, hieß es einst häufig plakativ. Entweder wurden unter dem Kapital die Kapitalisten verstanden, welche die faschistischen Mörderbanden zur Niederschlagung der Arbeiterbewegung gekauft haben sollen, oder aber es wurde die dem Kapital immanente Krise als Ursprung des Faschismus dingfest gemacht. Dürfte erstere personalistische Annahme heute kaum noch, da weitestgehend widerlegt, vertreten werden², so hat letztere Krisendiagnose immer noch wichtige Argumente für sich. Der Faschismus war zweifelsohne das Produkt kapitalistischer Vergesellschaftung und ihrer Krisen. Sein sozio-ökonomischer Ausgangspunkt war ein entwickelter Kapitalismus, dessen Produktions- und Eigentumsverhältnisse in eine fundamentale Krise geraten sind: Akkumulationskrisen, Klassenkämpfe, ‚Gefahr‘ des Sozialismus. Der Faschismus lässt sich in dieser Hinsicht als ein imperialistisch-terroristischer Lösungsversuch einer kapitalistischen Fundamentalkrise begreifen, der die ihr zugrunde liegenden sozio-ökonomischen Widersprüche und politischen Konflikte nicht aufhebt, sondern mit Gewalt nach innen und außen unterdrückt. Diktatur und Krieg(swirtschaft) waren die faschistische Krisenlösungsstrategie. Diese intendierte keine Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln und des Rechts auf Profit, keine Enteignung oder Liquidierung der ökonomisch Herrschenden und auch keine Aufhebung der Zwänge kapitalistischer Verwertung. Die forcierte Ausbeutung der Arbeitskraft sowie die offensive Zerschlagung der sozialistischen Arbeiterbewegung standen hingegen von Anfang an ganz oben auf dem ökonomischen und politischen Programm der Nationalsozialisten: „Niemals werde ich mich von der Aufgabe entfernen, den Marxismus und seine Begleiterscheinungen aus Deutschland auszurotten, und niemals will ich hier zu einem Kompromiß bereit sein.“ (Hitler 10.2.1933, zit. n. Rotermundt 1980, 175)

² Es war insbesondere die Ambition der DDR-Geschichtswissenschaft, diejenigen großkapitalistischen Kreise dingfest zu machen, die den Faschismus im eigenen Interesse aufgebaut und genutzt haben sollen. Diesem „linken Historismus bzw. Positivismus“ (Hennig 1974, 140) liegt ein verkürztes Verständnis des Zusammenhangs von bürgerlich-kapitalistischer Vergesellschaftung und Faschismus zugrunde (vgl. Hennig 1974, 153; Hoffmann 2009, 452f.). Die in ihrer empirischen Fundierung vorbildhafte DDR-Faschismusforschung – zu denken wäre etwa an die Arbeiten von Dietrich Eichholtz und Kurt Pätzold – litt wie die gesamte überaus produktive Geschichtswissenschaft aus dem sowjetmarxistischen Lager leider an ihren äußerst unproduktiven politisch-ideologischen Zwängen. Indirekt und wider ideologischer Versicherungen belegt z.B. gerade die ost-marxistische Monopolgruppenforschung und -theorie, allen voran die herausragenden Forschungen zur Kriegswirtschaft von Dietrich Eichholtz (vgl. Hennig 1974, 155f.; Schäfer 1984, 757f.), dass man mit der Gleichung Faschismus = terroristische Diktatur des reaktionärsten Elementes des (Finanz-)Kapitals nicht sehr weit kommt. In seinem Aufsatz *Faschismus und Ökonomie. Zu Problemen der Entwicklung der Produktionsverhältnisse unter der faschistischen Diktatur*, der wesentliche Forschungsergebnisse zusammenfasst, ist Eichholtz darum bemüht, die eigene Einsicht abzuwehren, dass das „Gebäude der staatsmonopolistischen Sklaverei“ (1980, 62) samt seines „unvermittelten Zwanges“ womöglich doch eine gegenüber dem Kapitalismus „qualitativ neue“ (64) Form der Ausbeutung abgibt.

Die Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise traten nach Jahren eines aggressiven Rüstungskeynesianismus offen hervor und zwangen die Terrorherrschaft ökonomisch zu Imperialismus und Raub, die von Anfang an gleichwohl erklärtes Ziel der faschistischen Bewegung waren. Die Krise der kapitalistischen Ökonomie wurde durch den Nationalsozialismus „nicht wirklich gelöst, sondern verlagert und vertagt“ (Saldern 1983, 86) mittels einer fanatischen Rüstungspolitik, die einerseits dem Kapital kurzfristige Profite bescherte, andererseits aber von vornherein nur durch einen zukünftigen Raub- und Eroberungskrieg ökonomisch gedeckt war. Der Krieg war die Lösung der konstitutiven, immer brisanter und drängender werdenden ökonomisch-politischen Widersprüche des Nationalsozialismus – die Führungskräfte des 3. Reichs visierten ursprünglich den Beginn der kriegerischen Expansion erst ab 1942 an –, die ihm von Anfang an innewohnten (vgl. Hoffmann 2009, 459ff. u. 500f.; Saldern 1983)

Dieser Sachverhalt allein schon belegt, dass die „Dichotomie der mechanisch-undialektischen Gegenüberstellung eines ‚Primats der Politik‘ und eines ‚Primats der Ökonomie‘“ (Hennig 1973, 158; vgl. Schäfer 1984, 725f. u. 731f.) genauso wenig ihrem Gegenstand angemessen ist (vgl. Kershaw 1999, 80ff.), wie diejenige von Intention und Struktur (vgl. 112ff.). Der Krieg war lange vor der nationalsozialistischen Machtübernahme Ziel führender Kreise des Militärs, und die imperialistische Expansion ein Anliegen, das bedeutende Teile des Großkapitals genauso teilten, wie das der Vernichtung der Arbeiterbewegung. Das nationalsozialistische Weltmachtstreben, welches der rassistischen Ideologie entsprang, traf sich folglich mit ‚rationaleren‘ Interessen der traditionellen Herrschaftseliten: „Die imperialistischen Kreise der deutschen Gesellschaft fanden in der NSDAP den geeigneten Verbündeten, um für den Imperialismus die nötige Massenbasis zu gewinnen. Das heißt nicht, daß der Nationalsozialismus lediglich ein dienstbares Werkzeug der deutschen Industrie wäre, sondern vielmehr, daß Industrie und NSDAP im Hinblick auf die imperialistische Expansion dieselben Ziele haben.“ (Neumann 1984, 232; vgl. Breuer 1985, 219ff.) Die traditionellen politischen und ökonomischen Eliten gingen – durchaus über Umwege – hiermit ein gewagtes Bündnis ein, da sie ihre Ziele unter den Bedingungen einer modernen Massengesellschaft nicht ohne jene Massenbewegung erzielen konnten (vgl. Rotermundt 1980, 32ff.; Hoffmann 2009, 414ff.), die ihnen der Faschismus lieferte: „Mit der einmal in der Koalition mit der NSDAP durchgesetzten politischen Lösung der ökonomischen und politischen Krise hatte das Bürgertum eine ökonomische und gesellschaftliche Dynamik freigesetzt, die sukzessive die Verselbständigung der Politik nicht nur möglich, sondern sogar notwendig machte, und die es jetzt den politisch herrschenden Nationalsozialisten ermöglichte, die Rassenpolitik, später die rassistische Vernichtungspolitik und die Kriegsvorbereitung zum Dreh- und Angelpunkt von Politik überhaupt zu machen.“ (Hoffmann 2009, 484f.)

Der Faschismus nutzte seine neue Macht, um seine primären politischen Ziele – Weltreich, Judenvernichtung und Volksgemeinschaft – zu verfolgen. Und dies tat er in Form des deutschen Nationalsozialismus konsequent, aber keinesfalls frei von strukturellen ökonomischen, sozialen und politischen Zwängen, über die weder Hitler allein noch sein Parteiapparat souverän verfügten. Auch wenn die Bedeutung des Antisemitismus und der Rassenideologie für die nationalsozialistische Politik zentral sind – ihre *konkrete* Realisierung und Dynamik lässt sich nicht einfach aus dem ideologischen Wahn des Führers und seiner Anhängerschaft ableiten. Was die Nationalsozialisten ideologisch antrieb, worauf ihr politischer Wille zielte, das alles stand durchaus in inniger „Wechselbeziehung“ zu den „sozioökonomischen ‚strukturellen Faktoren‘ der Naziherrschaft“ (Kershaw 1999, 144), die ganz eigene Handlungszwänge produzierten, die allerdings nicht der eigentliche Grund – nur das *Wie* und *Wann* – für den faschistischen *Willen* zu Krieg und Vernichtung waren: „Bei Fort-

bestand der kapitalistischen Herrschaft vollzieht sich so jener ‚Formwechsel im Bereich der Politik‘, der auf Basis eines Verzichts auf die langfristig-kalkulierte und gesicherte Reproduktion eines kapitalistischen Systems eine Arbeitsteilung von faschistischem Terror, faschistischer Kriegspolitik und monopolkapitalistischen Extraprofiten für kriegswichtige Konzerne realisiert.“ (Hennig 1974, 161; vgl. ders. 1982, 38f.)

Gegenüber dieser Argumentation können dennoch in Teilen Einsprüche erhoben werden, die ihren funktionalistischen Charakter treffen. Den Faschisten war der Kapitalismus nicht heilig, auch wenn sie nicht das Privateigentum abschafften. Der nationalsozialistische ‚ökonomische‘ Diskurs belegt dies (vgl. Breuer 2001, 225ff.). Bildete der nationalrevolutionäre Flügel des staatssozialistischen Strangs, der vor allem in der SA beheimatet war und prominent von den Gebrüdern Strasser vertreten wurde, das eine Extrem, so der nicht minder bedeutende, antikapitalistische Phrasen verschmähende Flügel das andere. Es war, wie auch in anderen Fällen, Hitlers ideologischer Synkretismus, der die Widersprüche vereinte. Individueller Konkurrenzkampf und Privateigentum waren ihm, seiner sozialdarwinistischen Einstellung gemäß, Garantien ökonomischer Prosperität; er dachte nicht daran, sie abzuschaffen. Die Verwertung des Wertes war indes kein Selbstzweck wie auch der Kampf gegen Plutokraten und bürgerliche Pfeffersäcke nicht bloß eine rattenfängerische Demagogie darstellte. Das Potential kapitalistischer Dynamik wurde einem höheren Zweck unterworfen: der Militarisierung der Gesellschaft und der imperialistischen Expansion. Der eigentliche Konkurrenzkampf war für Hitler nicht ökonomischer Natur, sondern der Kampf der Rassen. Um ihn zu gewinnen, griff Hitler durchaus in die für klassisch-bürgerliches Denken heilige Privatautonomie der Wirtschaftssubjekte ein, ohne jedoch am sozialdarwinistisch gedeuteten und affirmierten Privateigentum und am Profitprinzip prinzipiell zu rütteln. So wurde im Nationalsozialismus die freie Lohnarbeit eingeschränkt und die Realisierung des Profits erfolgte vermehrt nicht mehr über den Umweg der Privatproduktion, sondern war politischen Direktiven unterstellt, wobei nicht nur die Arbeiterschaft, sondern bisweilen auch Kapitalisten politisch drangsalieren wurden. Am Ende versuchte der Nationalsozialismus sich zunehmend eine eigene, allerdings nicht per se gegen die alten Wirtschaftseliten gerichtete sozio-ökonomische Basis zu errichten: „Die Praktiker der Gewalt werden mehr und mehr Unternehmer und die Unternehmer Praktiker der Gewalt. [...] Aber die Terroristen wollen ihre Macht nicht allein auf Gewalt gründen, sondern in der industriellen Produktion verankern.“ (Neumann 1984, 660f.) Zu keinem Zeitpunkt ließen sich die Nationalsozialisten zudem von der ökonomisch herrschenden Klasse ihre Politik diktieren, was so weit ging, dass man das antisemitische Vernichtungswerk über die Ausbeutung von Arbeit und kriegsstrategische Überlegungen stellte. Hier herrschte am Ende politisch-ideologischer Wahn über ökonomisches Kalkül, was freilich nicht die wirtschaftlichen Eliten der Mitschuld enthebt, die aus Raubkrieg, Völkerversklavung und Judenvernichtung so viel es ihnen möglich war, an Gewinn herauschlugen (vgl. Kershaw 1999, 107f.).

Zusammenfassend lässt sich konstatieren, dass das zum Kapitalverhältnis gehörende Recht und der rationale Staat zunehmend zugunsten von Führer und Bewegung ge- und zerstört wurden. Ernst Fraenkels brillant analysierte Dualität von Normen- und Maßnahmenstaat – die in Teilen wohl revisionsbedürftig ist, wie Breuer (2004) meint, der unter Bezugnahme auf Franz Neumann und Max Weber die These vom *Doppelstaat* kritisch diskutiert – löst sich im Laufe der NS-Herrschaft zugunsten des Letzteren auf; dass der Normen- bzw. Rechtsstaat prinzipiell immer zur Disposition steht, wo gleichzeitig ein Maßnahmenstaat existiert, war Fraenkel im Übrigen klar (vgl. Fraenkel 1974, 136). An die Stelle der abstrakten Herrschaft von Kapital und Rechtsstaat traten wieder un-

mittelbare Herrschafts- und Gewaltverhältnisse, die ihre eigene kapitalistische Grundlage bedrohten und nur als eine „Zerfallsform bürgerlicher Herrschaft“ (Schäfer 1984, 695) begriffen werden können: „Indem es [das NS-Herrschaftssystem] die im 19. Jahrhundert entwickelte Trennung von bürokratisch-rationalem Staatsapparat und Gesellschaft wieder aufhob, hob es auch die Grundlage für die Einheitlichkeit des Staatsapparates und das staatliche Gewaltmonopol zugunsten konkurrierender Hoheitsträger und Gewalthaber auf. [...] In diesem Sinne ist der Faschismus tendenziell nach den Worten Franz Neumanns: Behemoth – Unstaat.“ (Peukert 1982, 49) Die spezifisch kapitalistische Rationalität und ihr Ausdruck in Staat und Recht wurden mitsamt ihrer emanzipatorischen Effekte (freie und gleiche Rechtssubjektivität und Staatsbürgerschaft) im Nationalsozialismus zerstört. Die Volksgemeinschaft wurde in einem zunehmenden Maße nicht mehr über die Wert- und Rechtsform vermittelt, sondern durch Terror, Propaganda und Führerwillkür, was zweifelsohne immer wieder an soziale und ökonomische Grenzen stieß: „Ich wage zu behaupten, daß wir es hier mit einer Gesellschaftsform zu tun haben, in der die herrschenden Gruppen die übrige Bevölkerung direkt kontrollieren – ohne die Vermittlung durch den wenigstens rationalen, bisher als Staat bekannten Zwangsapparat“ (Neumann 1984, 543). Im Nationalsozialismus wurde im Unterschied zum italienischen Faschismus – Franz Neumann hat diese, von den Nationalsozialisten selbst wahrgenommene Differenz bereits analysiert (104ff.; vgl. Breuer 1985, 204ff.) – nicht nur der an das allgemeine Recht gebundene Staat beseitigt (wie im totalen Staat), sondern der Staat selbst als Souverän von der konkurrierenden Bewegung angegriffen. Das „Monopol der politischen Macht“ (542) im Staat wurde aufgelöst und auf herrschende Gruppen aufgeteilt, die am Ende durch die „Führergewalt“ (543) zusammengehalten wurden. Dies war sowohl Resultat der konkreten Herrschaftspraxis unter Bedingungen von wildwüchsiger Gruppenmachtakkumulation als auch in der nationalsozialistischen ‚Staatstheorie‘ selbst angelegt: „Für das *gemeinschaftliche Naturrecht* [des Nationalsozialismus] ist der Staat lediglich die sekundäre Ausdrucksform der primären Einheit aller *Volksgenossen*. Die Volksgemeinschaft ist eine biologische Formung, die auch dann existiert, wenn sie nicht als Staat organisiert ist.“ (Fraenkel 1974, 167)

Diese und weitere Unterschiede zwischen dem Ursprungsland des Faschismus und der NS-Diktatur – die bleibende Bedeutung der alten Machteliten im faschistischen Italien, sekundäres Gewicht des Antisemitismus, geringere Wirtschaftskraft und (hieraus resultierend) am Ende Kapitulation anstelle von autodestruktiver Aggression – führen immer wieder zur Ablehnung eines generischen Faschismusbegriffs. Diese gewichtigen Unterschiede sind in der Tat vorhanden und der gerade von linker Seite schnell gemachte Faschismusvorwurf – zunehmend abgelöst vom allgegenwärtigen, ebenfalls das Problem verharmlosenden Antisemitismusverdacht – ist entdifferenzierend und banalisierend. Es gibt dennoch gute Gründe an einem allgemeinen Faschismusbegriff festzuhalten (vgl. Kershaw 1999, 69ff.; Wippermann 1997, 92ff.) und den Nationalsozialismus als *deutsche Variante des Faschismus* zu begreifen, die fraglos ihre terroristischste und destruktivste Form darstellte. Der deutsche Nationalsozialismus fällt demnach nicht aus dieser allgemeinen gesellschaftlichen Tendenz heraus und selbst sein Vernichtungsantisemitismus ist nicht exzeptionell, wie die ost-europäischen faschistischen Bewegungen belegen, die mit allen Kräften die Vernichtung der europäischen Juden unterstützten. Der Rassen-Antisemitismus entspringt auch nicht einem ‚deutschen‘ Charakter, sondern historisch weit über die NS-Bewegung zurückreichenden politisch-sozialen Modernisierungsprozessen und ihrer ideologischen (völkisch-nationalistischen) Verarbeitung. Die infernalische Gewalt des NS-Faschismus resultiert vielmehr aus seinem einzigartigen ökonomischen und politisch-militärischen Zerstörungspotential, das es ihm ermöglichte seine kriegerischen Weltmachtphantasien und seinem aggressiven Destruktionstrieb auf die innerhalb des Faschismus unerreichte Spitze

zu treiben. Er verbleibt damit, wie auch der moderne Antisemitismus, in demjenigen Kontinuum an (Selbst-)Zerstörungs- und Vernichtungspotential, welches die kapitalistische Gesellschaft in sich birgt (vgl. Breuer 1985, 222f.).

Einsprüche gegenüber einer kapitalismuskritischen Deutung des Faschismus fallen häufig mentalitäts- und ideologiegeschichtlich aus und stammen von liberal und sozialdemokratisch gesinnten Wissenschaftlern wie Ralf Dahrendorf, Hans-Ulrich Wehler oder August Winkler (vgl. kritisch Eley 1988, 113ff.): Die faschistischen Massen seien im politisch rückständigen Deutschland zumeist in ihrem Bewusstsein vorkapitalistisch geprägt gewesen. Der Faschismus habe daher auch nicht in den alten Ländern des Kapitalismus mit liberaler Tradition gesiegt, sondern in denen, die eine rasante nachholende Modernisierung aufwiesen und mit entsprechenden sozialen und kulturellen Konflikten zu kämpfen hatten. Für einen führenden deutschen Historiker recht grobschlächtig mit Epochenbegriffen um sich werfend, heißt es bei Winkler mit explizit anti-marxistischer Stoßrichtung dementsprechend: „Die Gründe dafür, warum im Verlauf der Weltwirtschaftskrise die Demokratie in Deutschland liquidiert wurde, in den anderen entwickelten Industriegesellschaften aber erhalten blieb, liegen nicht so sehr im Verlauf der Krise selbst als vielmehr in der unterschiedlichen vorindustriellen Vergangenheit dieser Länder. Die Entstehungsbedingungen des Faschismus haben mit Feudalismus und Absolutismus mindestens ebensoviel zu tun wie mit dem Kapitalismus.“ (Winkler 1978, 83) Das Fehlen einer liberalen und demokratischen Tradition sowie entsprechender politischer Institutionen, Verfahren und Werte wäre demnach das Problem – nicht der Kapitalismus als solcher. Der Faschismus sei schließlich nicht nur antimarxistisch, sondern auch antiliberal, antidemokratisch und in Teilen antikapitalistisch eingestellt gewesen. Er setze jedenfalls nicht die kapitalistische Mehrwertproduktion in den Mittelpunkt, sondern die rassifizierte Volksgemeinschaft und das imperiale Reich. Romantischer Antikapitalismus, Herrenbewusstsein und Volksgemeinschaft sind dieser Interpretation zufolge Produkte *vormodernen* Bewusstseins, nicht aber eines entwickelten liberalen Kapitalismus und einer ihm entsprechenden Demokratie und Zivilgesellschaft.

Die kapitalistische Modernisierung und die Weltwirtschaftskrise können in der Tat allein weder den Nationalsozialismus noch die Ausbreitung des Antisemitismus erklären. Zu verschieden sind die Antworten der entwickelten kapitalistischen Nationen auf fundamentale gesellschaftliche Konflikte und Desintegrationsprozesse gewesen, die sie in dieser Abstraktheit durchaus teilten. Hierauf antwortet die eben skizzierte These vom deutschen Sonderweg in die Moderne. Sonderwegthesen sind in der Reichweite ihrer Erklärungskraft geschichtswissenschaftlich allerdings zu Recht umstritten (vgl. Eley 1980, 7ff.; Grebing 1986, 11ff.), da sie zum einen von einem historisch nicht auffindbaren „Normalweg“ (Grebing 1986a, 137; vgl. insgesamt Eley 1980 sowie ders. 1988, 119, 135; ders. 1991, 24f.) der Entwicklung der Moderne ausgehen müssen und zum anderen häufig das Modernitätspotential der deutschen Geschichte unterschätzen und vorhandene Parallelen zwischen Deutschland und dem ‚Westen‘ unterschlagen (vgl. Franzen 1986, 73-75; Eley 1980, 29ff. u. 51ff.). Beim Wilhelminischen Kaiserreich etwa haben wir es nicht mit einem veralteten, feudal-absolutistischen Staatsgebilde zu tun, sondern mit einem „spezifisch modernen“ Staat, „gegründet auf die dynamischste kapitalistische Wirtschaft Europas“ (Eley 1991, 25; vgl. 23). Überdies sind sie auch gerade unter materialistisch-herrschaftskritischen Gesichtspunkten fragwürdig, geht doch die normativ-teleologisch fundierte affirmativ-modernisierungstheoretische Variante der Sonderwegthese (vgl. Eley 1980, 13f.) von einer „Identität zwischen Kapitalismus und Demokratie“ (Grebing 1974, 73) aus, die (historisch wie systematisch) nicht haltbar ist (vgl. Eley 1980, 26ff. u. 56; ders. 1988, 135; ders. 1991, 24). Fraglos ist bestimmten geschichtlichen Grundtendenzen nicht rundum

ihre Relevanz dafür abzusprechen, das ambivalente Verhältnis von Kapitalismus und Faschismus auszuleuchten. Die besonderen historischen Umstände Deutschlands, zu denen politische Traditionen und kulturelle Wertmuster (anti-liberaler Obrigkeitsstaat, völkischer Nationalismus, romantischer Staatsbegriff, anti-demokratische und anti-individualistische Traditionen, ökonomischer Korporatismus und Arbeitswahn) sowie handelnde Akteure (in der Weimarer Republik) zählen, müssen gleichermaßen berücksichtigt werden, so schwer es auch ist, sie im Einzelnen zu gewichten. Dennoch, aus ihnen allein ist der Nationalsozialismus so wenig zu erklären wie aus dem Krisencharakter kapitalistischer Vergesellschaftung im Allgemeinen. Den a-historischen Funktionalismus der kapitalismuskritischen Faschismustheorie kritisiert die Sonderwegsthese zwar zu Recht. Sie selbst steht aber auf nicht minder tönernen Füßen.

Der elaborierteste Einspruch von linker Seite gegenüber der Sonderwegsthese kam und kommt mit Geoff Eley nicht aus Deutschland selbst. Eleys Arbeiten profitieren ungemein davon, dass sie mit historischer Empirie vollgesogen sind und keineswegs in einen Deduktionsmarxismus zurückfallen, der den Faschismus meint aus dem Kapitalismus ableiten zu können. Vielmehr widerlegt Eley die Sonderwegsthese auf dem Boden der konkreten geschichtlichen Empirie. Eley hat bereits in seinem grundlegenden Aufsatz *Deutscher Sonderweg und englisches Vorbild* 1980 darauf hingewiesen – in welche Gemengelage aus Politik und Wissenschaft er damit in Deutschland stieß, stellt Eley (1991, 16ff.) dar –, dass die deutsche Geschichtswissenschaft von einem veralteten Bild der englischen Geschichte ausgeht (1980, 15ff. u. 37ff.), was sie zudem fälschlicherweise zu einem Idealtypus der Entwicklung stilisiere (vgl. 11ff.); einen Sonderweg kann man in vielerlei Hinsicht gerade England attestieren (so auch der ‚Politische Marxismus‘; vgl. Teschke 2007, 228ff.; Wallat 2021, 71ff.). Man bekommt es offensichtlich, wie die Arbeiten Eleys verdeutlichen, mit der Dialektik vom Allgemeinen und Besonderen in der Geschichte zu tun, die sich in Deutschland und England in ganz spezifischer Weise ausgetragen hat. In England haben wir zwar die allgemeine Tendenz der kapitalistischen Entwicklung vorgebildet, die aber in ihren „historisch-konkreten Ausprägungen [...] ebenso sui generis gewesen ist wie in Deutschland oder Frankreich“ (Grebing 1974, 62).

Fakt bleibt, was Eley selbstredend nicht leugnet (vgl. auch dessen Beiträge zur NS-Forschung 2013), dass der Nationalsozialismus Resultat der *deutschen* Geschichte war. Nur verweist diese zum einen auf den breiteren allgemeinen historischen Kontext der Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise und nicht auf eine harmonische Modernisierung mit dem ‚natürlichen‘ Telos der liberalen Demokratie; eine Annahme die man getrost als ideologische Fiktion bezeichnen darf, welche die Wirklichkeit des Widerspruchscharakters kapitalistischer Vergesellschaftung von Grund auf verfehlt. Und zum anderen sind die zweifelsohne existenten, spezifischen „langfristigen Strukturen“ (Eley 1988, 140) der deutschen Geschichte auf sehr konkrete (besondere) polit-ökonomische Rahmen- und Handlungsbedingungen der Weimarer Republik zurückzubeziehen, die sich nicht schon aus gescheiterten Revolutionen des 19. Jahrhunderts, dem autoritären Kaiserreich und anderen nationalen Eigenarten ableiten lassen. Eley fasst diesen Sachverhalt in seiner Kritik an deutschen Sonderwegshistorikern treffend zusammen: „So gedieh der Faschismus unter den Bedingungen einer allgemeinen politischen Krise in Gesellschaften, deren Dynamik schon kapitalistisch war [...], wo aber der Staat unfähig war, den sozialen Zusammenhalt organisatorisch zusammenzuhalten. [...] Obwohl eine solche Krise gewöhnlich mit der Großen Depression nach 1929 in Verbindung gesetzt wird, war die politische Nachkriegskrise der Jahre 1917 bis 1923 ebenso bedeutend.“ (136f., vgl. ders. 1991, 212ff.) Der Nationalsozialismus ist (wie der Antisemitismus) folglich weder bloß das Resultat deutscher (autoritär-antiliberaler) Besonderheiten, die man gut

und gerne bis zu den gescheiterten Bauernrevolten des 16. Jahrhunderts zurückverfolgen kann, noch das Gegenteil der ‚guten‘ und ‚normalen‘ kapitalistischen Entwicklung gesellschaftlicher Modernisierung. Der Nationalsozialismus ist vielmehr ein mögliches Resultat ihrer Geschichte, das ebenso wenig zufällig auf deutschen Boden wirklich wurde, wie es diesen gleichsam naturgesetzlich entspringt. In der deutschen Geschichte kapitalistischer Vergesellschaftung wurden vielmehr in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts deren allgemeine Tendenzen in besonderer Weise destruktiv verarbeitet.³

II

Für materialistische Theoriebildung ist jedes geschichtliche Detail von Bedeutung. Dies ist nicht allein deswegen der Fall, weil das *a priori*-Postulat einer Hierarchie zwischen ihnen, idealistische Wertungen über die Dignität der Dinge reproduzieren würde. Noch wichtiger ist für den materialistischen Faktensinn der praktische Endzweck materialistischer Theoriebildung. Für eine Theorie, die sich zwar so wenig als Auftragsarbeit von Praxis wie als deren Masterplan versteht, gleichwohl aber als Aufklärungsmedium konkreter emanzipatorischer Praxis begreift, ist die regulative Idee einer Totalitätserkenntnis entscheidend. Diese muss über den Zusammenhang langfristiger historischer Trends, gesellschaftlicher Grundstrukturen, ihre ideologische Verarbeitung und (sozial-)psychologischen Korrelate, konkrete politische Situationen und Handlungsfelder bis hin zur Rolle des Zufalls in der Geschichte aufklären. Nur derart komplex können der Geschichtsprozess als solcher sowie einzelne geschichtliche Situationen und Ereignisse überhaupt rational gedeutet werden. Voraussetzung hierfür ist eine Theorie, die als synthetisches Moment der Erkenntnis die unüberschaubare historische Empirie durchdringt und deutet. Nur in den wenigsten und trivialsten Fällen spricht das uns überlieferte Material eine unmissverständliche Sprache; Selbstevidenz ist eine Ausnahme. Was valide Theorie von willkürlichen Narrativen unterscheidet, ist jedoch zugleich nichts anderes als eben der Bezug zur gesellschaftlichen und geschichtlichen Empirie, die das zu verstehende Material der Theoriebildung ist. Sie kann sich ihm nicht entheben, hat sich ständig an ihm zu korrigieren und stellt doch selbst zugleich die einzige Möglichkeit dar, das Material systematisch deutend zu verstehen. Es gibt keine Erkenntnis ohne Theorie. Ohne das spekulative Moment in jeder Erkenntnis bleibt noch die gewaltigste geschichts- oder sozialwissenschaftliche Datensammlung blind, in die allemal selbst bereits theoretische Vorannahmen eingeflossen sein müssen, um sie überhaupt erheben zu können. Über den Faschismus beispielsweise sind wir geschichtswissenschaftlich derart (über-)informiert, dass nicht einmal mehr der spezialisierte Fachhistoriker alle Resultate der Forschung überblicken kann.⁴ Gleichwohl wird auch in Zukunft kein historisches Dokument das Verhältnis von Faschismus und Kapitalismus restlos klären können. Dies ist weder ein quellen-unkritisches Plädoyer zur Rehabilitation von pseudo-wissenschaftlichen fake-news, die beliebige historische ‚Wahrheiten‘ zusammenkonstruieren, noch eine Entlastung der desaströsen Politik führender herrschender Kreise, die Franz Neumann schon Anfang der 1940er quellengesättigt

³ Erst nach Fertigstellung meiner Ausführungen bin ich (Juli 2021) auf den Essay *On Fascism and Capitalism* von Michal Herer (2020) gestoßen. Herers Ausführungen decken sich in weiten Teilen mit meinen, indem sie ebenfalls sowohl die kapitalistischen Ursprünge und die prokapitalistische Funktion des Faschismus als auch die weitgehende Zerstörung kapitalistischer Vergesellschaftungsprinzipien im Nationalsozialismus herausstellen.

⁴ Für die Wirtschaftsgeschichte sei nur auf die umfangreiche Studie von Adam Tooze (2007) verwiesen. Was die materialistische Faschismusforschung anbetrifft, wird man hingegen wohl oder übel feststellen müssen, dass diese seit über vier Jahrzehnten keine nennenswerten Fortschritte gemacht hat. Ihr Portfolio ist nach wie vor überschaubar.

belegt hat. Allerdings bildet das entscheidende Moment in dieser Frage keine empirische Tatsache im Sinne der Selbstevidenz der Faktenlage, sondern deren theoretische Durchdringung und Deutung. Diesbezüglich gibt es keinen entscheidenden Grund, die Haltbarkeit zentraler Annahmen materialistischer Theorie über den nicht-kontingenten Zusammenhang von Kapitalismus und Faschismus anzuzweifeln, und den weitestgehend ideologischen Charakter der liberalen Sonderwegshypothese nicht deutlich zu benennen.

Indes offenbaren sich in diesem Zusammenhang zugleich auch die grundsätzlichen Grenzen empirischer Geschichtsforschung überhaupt. Im strengen Sinne kann sie kein historisches Ereignis restlos kausal erklären, sondern es nur auf Grundlage der breitest möglichen Empirie angemessen deuten, was die genuine Aufgabe und synthetische Leistung von Theorie darstellt, deren spekulatives Moment weder Dichtung noch Willkür ist. Historische Kausalanalyse ist im Prinzip immer eine, die einem *regressus ad infinitum* unterliegt, da nach immer weiteren Ursachen geforscht werden kann; der ausufernde Charakter von so manch einer historischen Detailstudie ist ein anschaulicher Ausdruck hiervon. Wer beispielsweise bei den Bauernkriegen als Ursprung der deutschen Untertanengeschichte angelangt ist, wird auch für deren Verlauf Ursachen suchen müssen, womit wir dann historisch noch weiter zurückgehen müssen. Das Abbrechen des Zurückverfolgens der Ursache-Folge-Kette ist gleichermaßen forschungspragmatisch notwendig wie dem Prinzip nach willkürlich. Am Ende wäre man, was keine polemische Übertreibung ist, sondern eben das Problem klar bezeichnet, wahlweise beim Big Bang oder beim göttlichen Schöpfungsakt angelangt. Diesen wäre zudem, wenn die Behauptung eines strikt kausalen Verlaufs der Geschichte aufgestellt wird, eine deterministische Prädestination aller Ereignisse zu unterstellen, die virtuell im Anfang bereits enthalten sein müssten.

Mit dieser Metaphysik (der Geschichte), die nicht nur in der Theologie beheimatet ist, sondern gerade auch der modernen naturalistischen Reduktion der Geschichte auf Evolution zugrunde liegt, bricht der kritische Materialismus entschieden. Er anerkennt die retrospektive Folgerichtigkeit des geschichtlichen Prozesses und er weiß um vielfach wirkende kausale Faktoren in der Geschichte. Würde sich ihm die Geschichte in Zufall auflösen und Geschichtswissenschaft sich auf von Dichtung nicht kategorial unterscheidende Narrative reduzieren, wäre er kein Materialismus, sondern eine nicht minder hinfällige Kontingenzontologie, die nur die abstrakte Negation des theologischen oder evolutionistischen Geschichtsdeterminismus darstellt. Die Grenzen historischer Erkenntnis sind mit dem Begriff der Geschichte selbst gesetzt, die sich qualitativ vom Schöpfungsgeschehen und evolutionären Prozessen gleichermaßen abhebt. Selbst ein fiktives umfassendes Wissen um die Ursache-Folgen-Zusammenhänge von der Entstehung des Universums bis zu unserer Gegenwart wäre nicht hinreichend, Geschichte zu erklären, da diese ein nicht-kausales Moment aufweist: menschliche Praxis und das ihr inhärierende Moment der Freiheit. Der Nationalsozialismus ist, um beim Thema zu bleiben, genauso ein mögliches Resultat der modernen deutschen und europäischen Geschichte wie der liberal-demokratische Rechtsstaat und die soziale Marktwirtschaft. Weder das eine noch das andere ist aber notwendiges Produkt kapitalistischer Vergesellschaftung im Allgemeinen oder das von spezifischen historischen Langzeitentwicklungen und geschichtlichen Zufällen im Besonderen. Es handelt sich vielmehr um geschichtliche Möglichkeiten, die durch eine Unzahl von (auch kausal wirkenden) Umständen vermittelt und sicher nicht beliebig sind, über deren Realisierung aber weder Gesetze der Kapitalverwertung oder historische Tiefenstrukturen noch bloße geschichtliche Zu- und Unfälle, sondern am Ende menschliche Praxis entscheidet.

Wäre dem nicht so, wäre jede theoretische Reflexion auf Geschichte ohne Sinn. Sie wäre die Chronik des Unvermeidlichen, welches jeglichen praktischen Eingriff verunmöglichte bzw. ihn immer schon (voraus-)bestimmt, wie auch immer er von Freiheitsillusionen der handelnden Akteure begleitet sein mag. Dass wir auch Opfer der Geschichte sind, ist unbenommen, machen wir sie doch bekanntlich keineswegs unter frei und selbst gewählten Umständen. Dass wir es ausschließlich sind, ist hingegen eine steile metaphysische These, einerlei ob diese ökonomistisch oder historistisch, deterministisch oder kontingenztheoretisch argumentiert. Mit der Praxis ist jenes Moment in der Geschichte benannt, welches diese nicht nur qualitativ gegenüber natürlichen Prozessen auszeichnet, sondern zugleich auch die prinzipielle Grenze kausalwissenschaftlicher Erklärungen bezeichnet. Das Verhältnis von Faschismus und Kapitalismus, sowie die Frage nach deren Ursachen, ist hierfür nur ein Beispiel unter unzähligen anderen. Eine materialistische Geschichtsanalyse weiß um diese Grenze, die nicht nur der Erkenntnis prinzipielle Schranken aufzeigt, sondern zugleich auch die Offenheit der Geschichte bezeugt, die weder Natur noch Fatum ist. Was als Manko jeder geschichtswissenschaftlichen Erkenntnis erscheinen mag, ist nur Ausdruck davon, dass nicht bloß Zufall als das a-kausale Zusammentreffen selbst kausal bestimmter Ereignisketten in der Geschichte wirkt, sondern immer auch das Vermögen der Freiheit, wie rudimentär es sich auch immer bis dato zu realisieren vermag. Die kategoriale Anerkennung der „Berechtigung des Zufalls. Wie (Freiheit u.a. auch.)“ (MEW 42, 43) unterscheidet folglich den kritischen Materialismus von allen (theologischen, naturalistischen, positivistischen, ökonomistisch-gesellschaftlichen, psychologistischen etc.) metaphysischen Determinismen, ohne die Welt in postmoderner Hybris in Kontingenz aufzulösen, Theorie mit Dichtung zu verwechseln und geschichtswissenschaftliche Erkenntnis als beliebige Narrative zu denunzieren, von denen das politisch und kulturell mächtigste dann auch das gültigste wäre.

Literatur

Asbach, Olaf (1997): Kritische Gesellschaftstheorie und historische Praxis : Entwicklungen der Kritischen Theorie bei Max Horkheimer 1930 - 1942/43, Frankfurt/M. u.a.

Braunstein, Dirk (2011): Adornos Kritik der politischen Ökonomie, Bielefeld.

Breuer, Stefan (1985): Aspekte totaler Vergesellschaftung, Freiburg.

Ders. (2001): Ordnungen der Ungleichheit – die deutsche Rechte im Widerstreit ihrer Ideen 1871-1945, Darmstadt.

Ders. (2004): Ernst Fraenkel und die Struktur faschistischer Herrschaft. Zur Kritik der Doppelstaatstheese, in: Aden, Hartmut (Hg.): Herrschaftstheorien und Herrschaftsphänomene, Wiesbaden.

Eichholtz, Dietrich (1980): Zu Problemen der Entwicklung der Produktionsverhältnisse unter der faschistischen Diktatur. In: ders./Gossweiler, Kurt (Hg.): Faschismusforschung. Positionen, Probleme, Polemik, Berlin.

Eley, Geoff (1980): Deutscher Sonderweg und englisches Vorbild. In: ders./Blackbourn, David: Mythen deutscher Geschichtsschreibung. Die gescheiterte bürgerliche Revolution von 1848, Frankfurt/M.

Ders. (1988): Wege zum Faschismus. Vorindustrielle Traditionen oder Krise des kapitalistischen Staates. In: Maderthaler, Wolfgang/Gruber Helmut (Hg.): Chance und Illusion. Labor in Retreat. Studien zur Krise der westeuropäischen Gesellschaft in den dreißiger Jahren, Wien u.a.

Ders. (1991): Wilhelminismus, Nationalismus, Faschismus. Zur historischen Kontinuität in Deutschland, Münster.

Ders. (2013): Nazism as fascism. Violence, ideology, and the ground of consent in Germany 1930 – 1945, London u.a.

Fraenkel, Ernst (1974): Der Doppelstaat, Frankfurt/M. u.a.

Franzen, Hans-Joachim (1986): Die Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft und die industriekapitalistische Modernisierung im europäischen Vergleich – ein Weg oder viele? In: Grebing; Helga u.a.: Der deutsche Sonderweg in Europa 1806 – 1945. Eine Kritik, Stuttgart u.a.

Gangl, Manfred (1987): Politische Ökonomie und kritische Theorie. Ein Beitrag zur theoretischen Entwicklung der Frankfurter Schule, Frankfurt/M. u.a.

Grebing, Helga (1974): Aktuelle Theorien über Faschismus und Konservatismus. Eine Kritik, Stuttgart u.a.

Dies. (1986): Einleitung: Der deutsche Weg – ein Sonderweg? In: dies. u.a.: Der deutsche Sonderweg in Europa 1806 – 1945. Eine Kritik, Stuttgart u.a.

Dies (1986a): Preußen – Deutschland – die verspätete Nation? In: dies. u.a.: Der deutsche Sonderweg in Europa 1806 – 1945. Eine Kritik, Stuttgart u.a.

Hennig, Eike (1973): Thesen zur deutschen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 1933-1938, Frankfurt/M.

Ders. (1974): Zum Verhältnis von Industrie und Faschismus in Deutschland, in: Kühnl, Reinhard (Hg.): Texte zur Faschismusdiskussion 1, Hamburg.

Ders. (1982): Bürgerliche Gesellschaft und Faschismus in Deutschland. Ein Forschungsbericht, 2. Aufl. Frankfurt/M.

Herer, Michal (2020): On Fascism and Capitalism. In: New Proposals: Journal of Marxism and Interdisciplinary Inquiry Vol. 11, No.1, S. 48-58.

Hirsch, Joachim (2014): Staatskapitalismus? Zur Kontroverse zwischen Friedrich Pollock, Max Horkheimer und Franz Neumann in Bezug auf den Charakter des nationalsozialistischen Systems. In: Ruschig, Ulrich/Schiller, Hans- Ernst (Hg.): Staat und Politik bei Horkheimer und Adorno, Baden-Baden.

Hoffmann, Jürgen (2009): Politisches Handeln und gesellschaftliche Struktur. Politische Soziologie der europäischen und der deutschen Geschichte, 3. Aufl. Münster.

Horkheimer, Max (1988): Die Juden und Europa. In: Max Horkheimer Gesammelte Schriften Bd. 4. Frankfurt/M.

Ders. (2003): Autoritärer Staat. In: Max Horkheimer Gesammelte Schriften Bd. 5, Frankfurt/M.

Kershaw, Ian (1999): Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick, Neuausgabe Reinbek bei Hamburg.

Neumann, Franz L. (1984): Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933 – 1944, Frankfurt/M.

Peukert, Detlev J.K. (1982): Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde. Anpassung, Ausmerze und Aufbegehren unter dem Nationalsozialismus, Köln.

Postone, Moishe 2003): Zeit, Arbeit und gesellschaftliche Herrschaft. Eine neue Interpretation der kritischen Theorie von Marx, Freiburg.

Rotermundt, Rainer (1980): Verkehrte Utopien. Nationalsozialismus, Neonazismus, Neue Barbarei, Frankfurt/M.

Saldern, Adelheid von (1983): Permanente Krise? Stabilität und Instabilität des Herrschaftssystems im deutschen Faschismus. In: Probleme des Klassenkampfes. Zeitschrift für politische Ökonomie und sozialistische Politik 52.

Schäfer, Gert (1984): Franz Neumanns Behemoth und die heutige Faschismuskritik. In: Franz L. Neumann: Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus, Frankfurt/M.

Teschke, Benno (2007): Mythos 1648. Klassen, Geopolitik und die Entstehung des europäischen Staatensystems, Münster.

Tooze, Adam (2007): Die Ökonomie der Zerstörung. Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus, München.

Wallat, Hendrik (2021): Politischer Marxismus. Ellen M. Woods Beitrag zur Aktualisierung des historischen Materialismus, Münster.

Winkler, Heinrich August (1978): Revolution, Staat, Faschismus. Zur Revision des historischen Materialismus, Göttingen.

Wippermann, Wolfgang (1997): Faschismustheorien. Zum Stand der gegenwärtigen Diskussion, 5. Aufl. Darmstadt.

]